

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Religöse Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2.20 RM.  
mit Zutragen, einzelne Nummern 15 Reichspennige  
pennige :: Gemeinde-Verbands-Cirakonto  
Nr. 3. :: Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde  
Nr. 403 :: Postfachkonto Dresden 12 548

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts  
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite  
Zeile zu 20 Reichspennige. Eingeladene  
Reklamen 80 Reichspennige

Verantwortlicher Redakteur: Felix Wedne. — Druck und Verlag: Carl Wedne in Dippoldiswalde.

Nr. 212

Donnerstag, am 11. September 1930

96. Jahrgang

Für die Flußstrecken der Rosten und der Wilden-Weißeritz unterhalb der Talsperren Malter und Klingenberg und für die Vereinigte Weißeritz bis zu ihrer Einmündung in die Elbe ist eine öffentliche Wasserversorgung gemäß §§ 90, 129 folg. des Wassergesetzes gebildet worden, die den Namen „Weißeritz-Genossenschaft“ (Genossenschaft mit beschränkter Beitragspflicht) führt und ihren Sitz in Freital hat.

Die Satzung dieser Genossenschaft vom 20. Juni 1930 hat das Finanzministerium am 19. August 1930 genehmigt.

- Die Genossenschaft bezweckt:
- die Verlichtigung, Verlegung oder sonstige Aenderung der oben bezeichneten Flußstrecken,
  - hinsichtlich der aufgeführten Flußstrecken die Uebernahme der Verpflichtungen, die nach §§ 63 folg. und § 76 Abs. 3 des Sächsischen Wassergesetzes einer Unterhaltungs-genossenschaft oder einer Stadtgemeinde obliegen nach Maßgabe der sachungsmäßig festgelegten Bestimmungen,
  - die Sicherstellung einer geregelten Wasserabgabe aus den Talsperren Malter und Klingenberg in die Flußbetten der Rosten und der Wilden-Weißeritz gemäß § 7 und
  - die Förderung der Errichtung von Hauptentwässerungsanlagen entlang der Wilden und der Vereinigten Weißeritz auf der Strecke von Baranditz bis Dresden durch Gewährung von Beihilfen bis zu 75% des aus der Liquidation der Weißeritz-Talsperren-Genossenschaft übernommenen Vermögens.
- Die Beitragspflicht der Genossenschaftsmitglieder ist nach §§ 10-12 der Satzung geregelt.

Der Vorstand der Genossenschaft besteht aus 15 Personen, und zwar aus:

- einem vom Staate (Finanzministerium) zu bestellenden Vertreter,
- zwei Vertretern der Stadt Freital,
- zwei Vertretern der Stadt Dresden,
- einem Vertreter der Pächterin der Talsperrenwasserkräfte,
- zwei Vertretern des Eigentümers der Talsperren in den oberen Weißeritzgebieten und weiter aus den von der Genossenschaftsversammlung zu wählenden
- zwei Vertretern von Mitglieds-Gemeinden außer Dresden und Freital,
- zwei Vertretern der Eigentümer der Wassertriebwerke als Zwangsglieder mit Ausnahme der öffentlichen Hand und
- zwei Vertretern der sonstigen freiwilligen Mitglieder.

Für jedes zu wählende Vorstandsmitglied ist ein Stellvertreter zu bestellen.

Der Vorsitzende des Vorstandes der Genossenschaft vertritt die Genossenschaft in allen ihren Angelegenheiten sowohl nach außen als auch gegenüber den Mitgliefern.

Bei Aufgabe von Rechten der Genossenschaft und Uebernahme bestehender Verbindlichkeiten wird die Genossenschaft nur durch schriftliche Erklärung verpflichtet, die vom Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter und von zwei Vorstandsmitgliedern unterzeichnet und mit dem Abdruck des Genossenschaftszeichens versehen ist.

Die Bekanntmachungen des Vorstandes und der Genossenschaft werden in der Sächsischen Staatszeitung, im Freitaler Tageblatt, im Baranditzer Tageblatt, in der Freitaler Volkszeitung, Weißeritz-Zeitung sowie im Dresdener Anzeiger veröffentlicht.

Die Satzung und das Mitgliederverzeichnis der Genossenschaft liegen innerhalb der nächsten 4 Wochen bei der Kreisshauptmannschaft zur Einsichtnahme aus. (VI Wa. 8 Wg. 30.)

Kreisshauptmannschaft Dresden,  
am 8. September 1930.

Von den Eigentümern der aus dem Molschgrunde nach Schmiedeberg gelegten Privatwasserleitung, Ortskrankenkassengeschäftsführer Stecher und 7 Genossen, ist nachträgliche wasseramtliche Erlaubnis für diese mit Schloten auf Flurstück 187a des Flurbuchs für Schmiedeberg ausgefallene und neuerdings mit einem Sammelschlot auf Flurstück Nr. 184 des Staatsforstkreisers Schmiedeberg vererbene die Flurstücke 187, 187c, 188a, 188b, 188, 188c, 188d, 188a und andere berührende Wasserleitung beantragt worden.

Die Unterlagen können während der Dienststunden an hiesiger Amtsstelle eingesehen werden. Gemäß § 33 Absatz 1 des Wassergesetzes wird dies mit der Aufforderung bekannt gemacht, etwaige Einwendungen gegen dieses Vorhaben binnen zwei Wochen, von dem auf das Erscheinen gegenwärtiger Bekanntmachung folgenden Tage ab gerechnet, bei der unterzeichneten Behörde anzubringen.

Einwendungen, die nach Ablauf dieser Frist erhoben werden, bleiben, soweit sie nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, wegen Fristverjährungs unzulässig.

Dippoldiswalde, am 8. September 1930. L. 18. Sd.

Die Amtshauptmannschaft.

Die unter dem Gesäßgelbe des Gutsbesizers Paul Zimmermann in Reichstädt Nr. 82 ausgebrochene Gesäßgeloleta ist erloschen.

Die in der Bekanntmachung vom 28. Juni d. J. angeordneten Schutzmaßnahmen werden aufgehoben. G 4 Z.

Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 8. Sept. 1930.

## Deutliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Kein Abend vergeht in dieser Woche, daß nicht eine Partei zu einer Wahlversammlung rufft; gestern Abend war die Staatspartei, die nach der Reichskrone eingeladen hatte. Zwei Redner standen auf der Liste, doch war der eine, Borchardt, am Kommen verhindert, da er für einen Parteifreund in der Kaufstube eintreten mußte. So sprach nur Pfarrer a. D. Rade, Dresden. Vorausgesetzt sei es, er sprach außerordentlich sachlich und ruhig. Man fühlte aus allem heraus, daß er auch mit Fachgenossen in sachlicher Weise gern sich auseinandersetzen wird, daß er aber Feind ist allem Radikalismus, an dem

Deutschland nicht gesunden könne, daß er ein Mann ist, dem sein deutsches Vaterland über alles geht, der es einer schönen Zukunft entgegenföhrt, nicht zerschlagen möchte. Zu bedauern war nur, daß der Kreis der Hörer klein war. Geleitet wurde die Versammlung von Menzer, Delbo, der nach üblicher Begrüßungsrede die Versammlung unter die bekannten Worte des derzeitigen Reichsfinanzministers Dietrich stellte: „Es muß Schluß gemacht werden mit der Interessenpolitik usw.“ In diese Worte knüpfte dann auch der Redner an und bat, darnach zu handeln. Er streifte die Vorgänge, die zur Reichstagsauflösung führten und betonte, daß seit der Annahme des Friedensvertrags das Volk nicht mehr vor eine so schwerwiegende Frage gestellt sei wie jetzt. Zu der Frage, was die Deutsche Staatspartei über den Wahlkampf und die künftige

## Tue deine Pflicht!

Nichtwähler und Splitterparteien.

Die Nichtwähler und die Splitterparteien sind es, die das Wahlergebnis fälschen. Rund 40 000 000 Menschen befragen das Wahlrecht. Davon haben 30 000 000 gewählt. Etwa 175 Abgeordnete werden nicht gewählt, wenn man allein die Nichtwähler in Betracht zieht. Die Splitterparteien haben 1928 über 800 000 Stimmen auf sich vereinigt, mit denen kein einziges Mandat erzielt worden ist. Wer einen dieser Parteisplitter wählt, kann ebensogut zu Hause bleiben.

Diese 800 000 Stimmen entsprechen etwa 12-14 Mandaten. Daraus ergibt sich, daß in dem aufgelösten Reichstag fast 190 Abgeordnete zu wenig gesessen haben.

Die überwiegende Masse dieser nichtgewählten Abgeordneten würde zweifellos nicht zu Radikalen rechts und links zu rechnen sein. Nimm man an, daß für praktische Zwecke nur 120 Abgeordnete in der Reikulation ernsthaft in Betracht kämen, dann könnte auch gegen diese 120 Mann nicht regiert werden.

Jeder gehe am 14. September zur Wahl und frage so dazu bei, daß ein arbeitsfähiger und verantwortungsbewußter Reichstag erprießliche Arbeit am Volke leisten kann.

Reichspolitik denkt, äußerte er, daß sie nicht mit Versprechungen komme, die nicht gehalten werden könnten, sie komme im Gegenteil mit Forderungen an die Wähler. Alle Unannehmlichkeiten, die es mit sich bringe, müsse man unbedingter Geduld, Offenheit und Sachlichkeit vorgegangen werden. Die Partei fordere, daß es jedem ihrer Wähler klar wird, daß es nicht nur darauf ankommt, daß er die Partei wählt, sondern daß er seine Stimme abgibt, als ein sich voll der Verantwortlichkeit bewußter Mensch. Früher regierten die Wenigen an der Spitze, die anderen fügten sich, jetzt sei jeder verantwortungsbewußt. Die Wähler müßten begreifen, daß sie nicht mehr Untertanen, sondern Staatsbürger sind. Ihm, dem Redner, sei der lieber, der sich in voller Ueberzeugung einer anderen Partei zukehre, als der, der in Interessenslosigkeit seiner Partei nachlaufe. Jeder müsse seine feste Ueberzeugung haben. Ein Staatsvolk wolle wir sein, kein Interessentenvolk. Ein Staatsvolk. Alle Klassen, alle Stände, alle Schichten seien nötig in unserem deutschen Reich, keiner aber dürfe über dem andern stehen, einer sei auf den andern angewiesen. Alle Interessenpolitik und Interessenvertretung ist falsch, Selbstsucht ist deren Triebfeder. Dabei geht der Staat zu Grunde und mit ihm die Interessen-Parteien. Wirtschaftliche Belange dürfen nicht die Staatsinteressen erschüttern, der Staat muß über der Wirtschaft stehen. Viele von den Führern des Volkes aber seien abhängig von wirtschaftlichen Gruppen usw. Die Parteien, die mit klaren Anschauungen in den Wahlkampf gehen, Sozialdemokratie und Zentrum, seien am wenigsten erschüttert, schlimm stehe es rechts, in der Mitte habe die junge Generation zur Gründung der Staatspartei geführt. Sie sei etwas neues; die Volksgemeinschaft gegen Volksherrschaft. Sie trete als eine Partei vor die Wähler, die einen neuen Staat entwickeln will und den Gedanken der Volksgemeinschaft in den Mittelpunkt stellt, als eine Partei, die die Kluft zwischen links und rechts schließen will. Die Staatspartei sei eine Verfassungspartei. Alles das, was gutes und edles in der Verfassung stehe, müsse wahren gemacht werden; die Verfassung gebe nicht nur Rechte, sie verlange auch Pflichten. Manches sei in ihr noch entwicklungs-fähig, das hindere nicht, sie zu halten. Als Hauptforderungen im neuen Reichstage betrachte die Staatspartei: 1. eine Reichsreform: Förderung der Siedlung, die auch den Osten vorwärts bringen wird, Abschaffung aller Doppelverwaltungen, der Länderregierungen; 2. Reform des Wahlrechts; Rückkehr zu dem alten Verhältnisverhältnis zwischen Abgeordneten und Wählern, kleinere Wahlkreise. Der Führer muß sein Amt betrachten als Dienst am Volke. Einige Zeit verdröhete sich der Redner über Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur und kam zu dem Schluß, daß letztere für uns, ein aufgeklärtes Volk, unmöglich ist, auch deshalb unmöglich ist, weil Diktatur keine öffentliche Kritik und keine öffentliche Kontrolle verdröhete. Er bedauerte, daß ein Großteil unserer gesunden Jugend sich zu solch ungefundener Sache hinreißen lasse, ihren Willen mit Gewalt durchsetzen zu wollen gegen die, die keine Gewalt wollen. Die Staatspartei lehne jegliche Gewaltanwendung in der Politik ab, selbst auf die Gefahr, bei anderen als Verräter zu gelten. Unsere demokratischen Einrichtungen seien nicht über alles Lob erhaben, aber es komme darauf an, ein Feuer anzuzünden, das Kräfte weckt. Die Staatspartei bekämpfe die Diktatur und fordere weiter Ausbau des Reichswirtschaftsrates und Heranabnahme aller ihn betreffenden Fragen aus der allgemeinen Politik. Die Staatsfinanzen müßten wieder in Ordnung kommen. Wenn der Staat in schwerster Not sei, dürfe man vor Opfern nicht zurückweichen. Eine Reform der Arbeitslosenversicherung müsse kommen. In der Notzeit sei kein anderer Weg zu

gehen, als der sechste schwere Weg, bis nicht ein besserer gezeigt werde. Zu Agrarfragen und Zollpolitik meinte Redner, daß alles getan werden müsse, unsere Landwirtschaft konkurrenzfähig zu machen. Wesentlich sei bei allem aber auch zu erkennen, wie unsere Politik in Zukunft geführt werden soll. Sie werde keine sein, wo man den Mund aufreißt kann. Nur langsam, Schritt für Schritt, im Kampf um jeden Schritt würden wir vorwärts kommen, wie es in den letzten Jahren geschehen sei. Wer glaube, mit großen Worten und Sätze schnell das Ziel zu erreichen, solle lieber die Finger von Politik lassen. Auch im Innern sei nichts mit Pflichten zu erreichen. Treue Arbeit müsse geleistet werden an allen Dingen, außerdem unermüdete Arbeit an uns selbst. Denn letztlich gehe es darum, ob wir an unser Volk glauben oder nicht. Und wir glaubten doch, daß in unserm Volke noch unendlich viel Kraft stecke, die wir freimachen wollen für Volk. Keiner ist zu klein zur Mitarbeit. Zum Schluß kommend, stellte Pfarrer Rade als Ziel auf: Frieden, den wir halten und bewahren wollen nach außen und vornehmlich jetzt tuts not, nach innen, Freiheit, wozu nicht gemeint ist, daß jeder tun und lassen kann, was und wie er will, sondern Freiheit vor knechtischer Gesinnung und Freude für die, die nach uns kommen, daß sie bessere Lebensbedingungen haben als wir. Versammlungsführer Menzer dankte dem Redner für seine Ausführungen, die klar bewiesen hätten, daß man mit klaren Gedanken weiter kommt als mit Radikalismus. Nach einer kurzen Pause wies Lehrer Heilmann auf die jetzt allorts stattfindenden Protestversammlungen der Kriegsoffer hin und fragte, wie sich die Staatspartei zur Rolle der Kriegsbekämpften stelle. In sehr sachlich-rührender Weise griff auch ein Sozialdemokrat, Fiedler, in die Debatte ein. Er meinte, die Dippoldiswalder Bevölkerung sei recht wandlungsfähig, das beweise der Julauf zur Nationalsozialistischen Partei. Aber die Hilfe komme nicht mit Gewalt, sondern nur auf dem Wege der Diskussion. Er pflichtete hierin Pfarrer Rade bei. Die Sozialdemokratie könne nicht erschüttert werden, die Staatspartei müsse erst noch beweisen, was sie leisten könne. Weiter nahm er Stellung zu des Redners Ausführungen über die Arbeitslosenversicherung und hielt die Bauarbeiter nicht mehr für Saisonarbeiter. Sein Hauptaugenmerk werde er auf die Stellung der Staatspartei den anderen bürgerlichen Parteien gegenüber richten. Im Schlußwort betonte Pfarrer Rade, daß keine Partei allein die Politik werden bestimmen können; Hauptache bleibe, daß die staatsbeherrschenden Parteien in nötiger Stärke im Reichstag einziehen. Es müsse im Kampf mit geistigen Waffen geführt werden. Die Staatspartei sei entstanden aus dem Willen der Frontkämpfer und werde eintreten für Kameradschaft und für die Kriegsoffer tun, was möglich ist. Ihnen das Los zu erleichtern, sei Pflicht des ganzen Volkes. Er verbeistete sich dann über die oftmals hohen Pensionen und betonte, daß eine ganze Reihe einflußreicher, im politischen nachstehender und auch sozialdemokratisch gesinnte Personen ganz oder teilweise auf die Pension verzichtet hätten. Von Pensionären aus der Reihe der Radikalen habe er das noch nicht gehört und ein solcher Verzicht Friede sei als Schmelz entlarvt worden. Zur Arbeitslosigkeit meinte er, daß sie eine Folge der Weltwirtschaftskrise, nicht des Youngplans sei. Mit dem Wunsch, daß der Wille zur Volksgemeinschaft immer mehr Fuß fassen und der Aufforderung für Lufe 6 einzutreten, schloß Pfarrer Rade. Die gleiche Aufforderung sprach auch noch der Versammlungsleiter aus und schloß die Versammlung.

Der heutigen Gesamtaussage liegt eine Wahlbeilage der Konservativen Volkspartei bei.

Nächsten Freitag Abend hält die Sozialdemokratische Partei eine öffentliche Wählerversammlung in der „Reichskrone“ ab. Darauf geht ein Demonstrationzug mit Fackeln und Musik, zu dem ebenfalls an der „Reichskrone“ gestellt wird.

Reinhardtsgrimma. Um eines Mädchens wegen kamen am Montag früh gegen 1 Uhr hier der Wirtschaftsgehilfe Willi Walthers aus Hausdorf und der zur Zeit arbeits- und wohnungslose Wirtschaftsgehilfe Walter Nijche in Streit, der dann in Tätlichkeiten überging. Mit einer Zaunlatte schlug Nijche den Walthers derart über den Kopf, daß dieser einen Schädelbruch davontrug und ins Johanniter-Krankenhaus Heidenau gebracht werden mußte. Er befindet sich noch immer in Lebensgefahr. Nijche flüchtete, konnte aber geftern von der Gendarmerie festgenommen werden und wurde ins Amtsgericht Dippoldiswalde eingeliefert.

Höckendorf. Die nächste Mütterberatungstunde findet nicht Donnerstag, den 8. September, sondern ausnahmsweise schon Montag, den 15. September, nachmittags 2-3 Uhr, in der Schule statt.

Löwenhahn. Aus einem verschlossenen Schuppen wurde in der Nacht zum Mittwoch ein NSU-Motorrad verdaßlos gestohlen. Der Spürhund verfolgte eine Spur bis zur Straße, dann gab er auf. Ob diesmal Angehörige von jenseits der Grenze in Frage kommen, bleibt offen, da ein Motorrad „drüben“ an den Mann zu bringen, nicht so leicht ist.

## Wetter für morgen:

Keine wesentliche Aenderung des Witterungs-Charakters. Wohl bis zeitweise aufhellend, dabei örtlich noch etwas neblig oder dunstig. Schwache bis mäßige, in freien Lagen auch frische Winde aus östlichen und nördlichen Richtungen. Temperaturverhältnisse wenig geändert, nachts kühl, tagüber gemäßigt.